Regine Geraedts

Kommt eine Corona-Generation?

Auswirkungen der Krise auf die Berufsausbildung

In aller Kürze:

Die Corona-Krise trifft das Ausbildungssystem hart. Einmal mehr zeigt sich: Die Vorzüge des dualen Systems, das die Berufsbildung eng an Betriebe und an den Markt koppelt, kann im wirtschaftlichen Krisenfall zum Nachteil werden.

Im Land Bremen sind Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt schon seit vielen Jahren nicht mehr zum Ausgleich gekommen. Das Interesse junger Menschen an einer Berufsausbildung ist zwar weiter hoch, doch die Investitionsbereitschaft der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Ausbildung lässt nach. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung verschärft.

Während im vergangenen Jahr erneut ein heftiger Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu verzeichnen war, sind viele Bewerberinnen und Bewerber am Markt unversorgt geblieben und ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gestiegen.

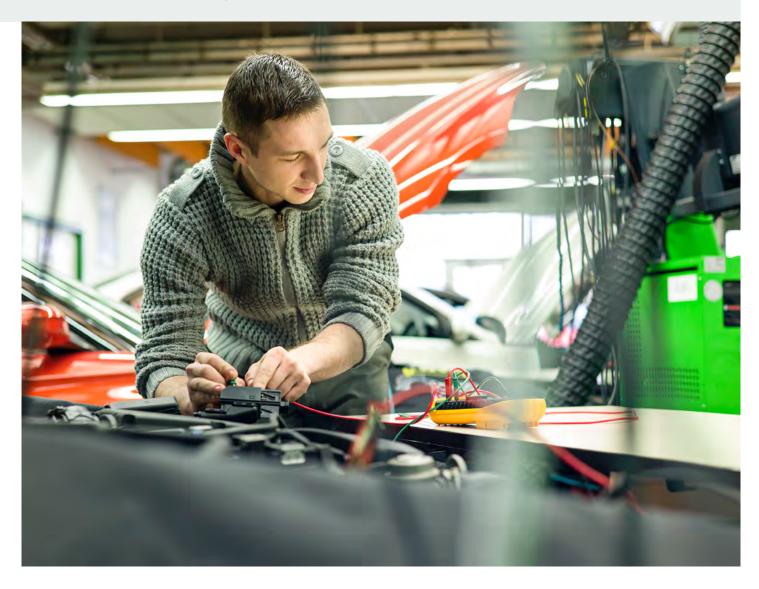
Die Situation hat sich noch nicht entspannt. Auch das kommende Ausbildungsjahr 2021/2022 wird zur Herausforderung. Es bleibt deshalb wichtig, einen Schutzschirm für Ausbildung aufzuspannen, der die Situation am Ausbildungsmarkt entspannt, indem er den Verlust von Ausbildungsplätzen vorübergehend kompensiert und bestehende Ausbildungsverhältnisse absichert.

Auf längere Sicht geht es darum, mehr Stabilität in das Ausbildungssystem zu bringen, Zukunftschancen für junge Menschen zu garantieren und die Fachkräftesicherung für die Wirtschaft zu wahren.

Ausbildungsmarkt im Corona-Stress

→ Wie auf jedem Markt gibt es auch auf dem Ausbildungsmarkt Angebot und Nachfrage. Das Angebot sind die Ausbildungsplätze, die die Betriebe zur Verfügung stellen, um ihren Fachkräftenachwuchs zu sichern. Die Nachfrage stellen Jugendliche dar, die gern eine Ausbildung absolvieren möchten und sich um die offenen Stellen bewerben. In Bremen sind Angebot und Nachfrage schon seit vielen Jahren nicht mehr zum Ausgleich gekommen. Denn die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Land Bremen bieten zu wenige Ausbildungsstellen an.¹

Die Folgen der Corona-Pandemie haben diese Ausgangssituation noch einmal deutlich verschärft. Von den bisher engagierten Unternehmen haben sich viele aus der Ausbildung zurückgezogen. Umsatzrückgänge, Kurzarbeit und Unsicherheit über die weitere Geschäftstätigkeit dürften dazu geführt haben, dass manche für den eigenen Betrieb in nächster Zeit keinen Bedarf an Nachwuchskräften sahen, anderen mag auch die Zuversicht gefehlt haben, über die kommenden drei Jahre einen geregelten Ausbildungsablauf garantieren zu können. Die Jugendlichen auf der anderen Marktseite standen beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung ihrerseits vor hohen Hürden. Denn in der Zeit, in der das Anbahnen von Ausbildungsverträgen sonst auf Hochtouren läuft, kam es zum Herunterfahren aller Aktivitäten: Die Schulen waren zu, die Berufsberatung der Agentur für Arbeit schloss ihre Türen, Ausbildungsmessen oder Praktika in Betrieben konnten nicht mehr stattfinden und auch die



Unternehmen waren mit Bewerbungsgesprächen zurückhaltend. Das Zusammenfinden von Angebot und Nachfrage erlebte auf allen Ebenen Einschränkungen.

Trotzdem hatten im Land Bremen bis zum Ende des Sommers 4.456 junge Menschen den Weg zur Berufsberatung der Agentur für Arbeit gefunden und um Unterstützung bei der Suche nach der passenden Ausbildungsstelle gebeten. Das waren sogar 117 oder 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Um ein vollständiges Bild der Nachfrageseite zu erlangen, müssten eigentlich auch die Jugendlichen mitgezählt werden, die sich ohne die Unterstützung der Agentur beworben haben, nicht zu vergessen die jungen Menschen aus dem Umland, die sich bei Bremer Betrieben nach einem Ausbildungsplatz umtun. Doch von ihnen bleiben viele unter dem Radar der Statistik. Denn gezählt werden können nur Bewerberinnen und Bewerber, die institutionell erfassbar sind, weil sie sich bei der Berufsberatung gemeldet oder einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB),

das die offizielle Statistik führt, hat für 2020 im Land Bremen 8.046 Bewerberinnen und Bewerber erfasst. Im Jahr davor waren es mit 8.334 etwas mehr.² Dieser Rückgang ist auch der Erhebungsmethode geschuldet, denn ein schrumpfendes Ausbildungsangebot schmälert die Zahl der Bewerbungserfolge und damit der erfassbaren Jugendlichen.

Unterm Strich zeigt sich bei jungen Menschen trotz Corona-Krise und vieler Hindernisse ein ungebrochen hohes Interesse an dualer Ausbildung. Dabei dürften sich angesichts der ungünstigen Marktchancen einige junge Menschen vorsorglich Ausweichstrategien gesucht haben. Denn mit dem mittleren Schulabschluss lässt sich gut und gerne eine der vielfältigen Optionen zum Erreichen der (Fach-) Hochschulreife wahrnehmen und der Schulbesuch erst einmal fortsetzen, während Abiturientinnen und Abiturienten jederzeit der Weg in ein Studium

² Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2020); Bundesinstitut für Berufsbildung (2019).

offensteht. De facto gibt es für sie eine Studienplatzgarantie, eine Ausbildungsplatzgarantie gibt es dagegen nicht. Deshalb absorbieren die Universitäten und Hochschulen gerade in unsicheren Zeiten auch junge Menschen, die am liebsten eine Berufsausbildung gewählt hätten.

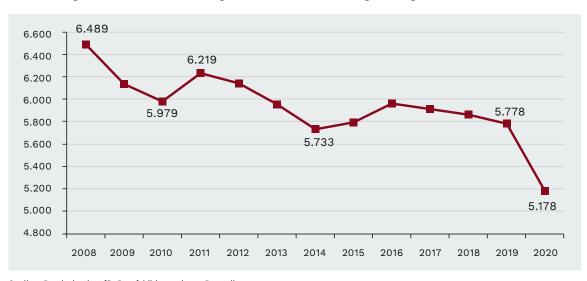
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge auf historischem Tiefstand

Während sich die Nachfrage in der Corona-Krise also recht stabil zeigt, hat sich die Angebotsseite ungünstig entwickelt. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Am Ende kamen nur 5.178 Ausbildungsverträge zum Abschluss – der niedrigste je registrierte Wert überhaupt (Abbildung 1). 4.788 der realisierten Ausbildungsplätze waren betrieblich, die übrigen 390 Plätze öffentlich finanziert. Gegenüber dem Vorjahr war insgesamt ein Minus von 600 Verträgen oder 10,4 Prozent zu verzeichnen.

Abbildung 1:

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Entwicklung der im Land Bremen abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 2008



Schon 2008 war als Folge der weltweiten Finanzund Wirtschaftskrise das Ausbildungsangebot deutlich zurückgegangen. Danach hat es sich trotz guter Konjunktur, Beschäftigungsgewinnen und Fachkräftebedarf nie wieder erholt. Seither sind bis heute 1.311 Ausbildungsverträge weniger realisiert worden. Das entspricht einem Minus von 20 Prozent: Jeder fünfte Ausbildungsplatz ist seit der letzten großen Krise verloren gegangen. Denn immer weniger Betriebe beteiligen sich an der Nachwuchssicherung. Die Erkenntnis daraus: Ein konjunkturbedingter, vermeintlich nur temporärer Rückzug von Unternehmen aus der Berufsausbildung führt nicht selten zur endgültigen Abkehr.

Nach der Statistik des BIBB kamen im Corona-Jahr 2020 nur noch 68,6 Ausbildungsplätze auf 100 Ausbildungsinteressierte. Das reicht längst nicht aus, um der jungen Generation eine Perspektiven zu geben. Denn anders als die Betriebe können sich die jungen Menschen nicht einfach zurückziehen. Schließlich ist ein Ausbildungsabschluss das Eintrittsticket zu gesicherter Beschäftigung. Unterm Strich ist die Entwicklung aber auch für die Wirtschaft ungünstig: Die ohnehin schon bestehende Fachkräftelücke wird noch größer und zur Belastung für die wirtschaftliche Erholung nach der Krise.

Der Schatten der Jugendarbeitslosigkeit

Fehlende Ausbildungsplätze erschweren auch die Vermittlungsarbeit der Agentur für Arbeit. So sind von den 4.456 von der Berufsberatung unterstützten Bewerberinnen und Bewerbern nur 1.408 (31,6 Prozent) in eine betriebliche Ausbildung eingemündet. Das waren 200 oder 12,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Zusätzlich 8,6 Prozent sind in eine

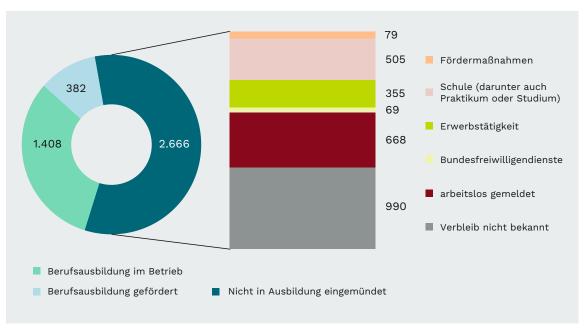
öffentlich geförderte Ausbildungsstelle vermittelt worden. Die übrigen knapp 60 Prozent fanden trotz nachgewiesener Eignung keine Lehrstelle. Was aus ihnen geworden ist, lässt sich in der Statistik der Agentur für Arbeit nachverfolgen.

11,3 Prozent haben sich für den weiteren Schulbesuch entschieden (einige wenige darunter auch für ein Studium oder ein Praktikum). 8 Prozent haben sich einen Job gesucht und 1,5 Prozent einen Platz in einem Bundesfreiwilligendienst gefunden. Ein mit 15 Prozent großer Anteil ging statt in Ausbildung in die Arbeitslosigkeit. 668 Jugendliche waren betroffen. Bei 1,8 Prozent oder 79 jungen Menschen gelang es, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, indem sie in Maßnahmen der Agentur für Arbeit vermittelt wurden. Bei mehr als jeder fünften Bewerberin beziehungsweise jedem fünften Bewerber (990 oder 22,2 Prozent) weiß die Berufsberatung nicht, wo sie geblieben sind.

Von all diesen jungen Menschen haben 998 die Suche auch dann noch nicht aufgegeben, als das Ausbildungsjahr schon längst angefangen hatte. Bis zum Stichtag 30.09. blieben sie ohne Ausbildungsplatz.³

Abbildung 2: Die wenigsten bekommen einen Ausbildungsplatz

Verbleib der bei der Berufsberatung gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber

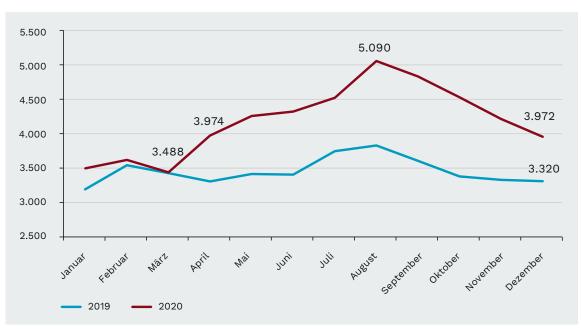


Dass sich zu Beginn des Ausbildungsjahres so viele von der Berufsberatung betreute junge Menschen arbeitslos melden mussten, ist dramatisch (plus 55 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Denn aus vielen Studien ist bekannt, dass der Start in die Arbeitswelt als Arbeitslose beziehungsweise Arbeitsloser hohe soziale Risiken birgt – eine Hypothek, die noch länger auf Einkommen, Entwicklungsund Karrieremöglichkeiten liegt. Wenn die Arbeitslosigkeitserfahrungen länger andauern, kann dies sogenannte Scarring Effects hinterlassen, also soziale Narben, die noch im späteren Leben zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko, schlechteren Gesundheitschancen und geringerer Lebens- und Arbeitszufriedenheit führen.⁴ In einer Krise, in der viele junge Menschen gleichzeitig betroffen sind, erreichen die Schatten der Jugendarbeitslosigkeit leicht eine ganze Generation.

Dabei ist es ein bekanntes Phänomen, dass junge Menschen in Wirtschaftskrisen als erstes und besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es stehen nicht nur weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung, es werden auch weniger Auszubildende nach dem Abschluss übernommen. Auch Kündigungswellen treffen oftmals zuerst die jungen Beschäftigten, weil bei ihnen der Kündigungsschutz weniger stark wirkt. All das lässt die Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen überdurchschnittlich wachsen. Das zeigt sich auch in der Corona-Krise.

Im Land Bremen ist es der Jugendberufsagentur, unter deren Dach die Agentur für Arbeit, die Jobcenter und die drei Senatsressorts Bildung, Arbeit und Soziales/Jugendhilfe kooperieren, nicht gelungen, diese Entwicklung zu verhindern und den jungen Menschen ausreichend rechtzeitig Alternativen zur Arbeitslosigkeit zu bieten. Im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit ab März 2020, dem Monat des ersten teilweisen Lockdown. Mit Beginn des Ausbildungsjahres im August war mit 5.090 jugendlichen Arbeitslosen ein vorläufiger Höhepunkt erreicht.

Abbildung 3:
Die Jugendarbeitslosigkeit steigt
Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Arbeitnehmerkammer Bremen

Es droht eine Welle unversorgter Bewerberinnen und Bewerber

Die Jugendarbeitslosigkeit lag auch im Dezember 2020 weiter deutlich über Vorjahresniveau. Das zeigt, dass die Zeichen nicht auf Entspannung stehen. Zugleich hatten sich im Dezember schon mehr als 2.300 junge Menschen auf ihrer Suche nach einer Lehrstelle bei der Berufsberatung gemeldet, während mehr als 3.000 Jugendliche im Übergangssystem auf eine neue Chance warteten.⁶ Auch wenn es zwischen Arbeitslosen, Bewerberinnen und Bewerbern bei der Berufsberatung und den Jugendlichen im Übergangssystem statistisch Überschneidungen gibt, zeigen die Zahlen deutlich: Im Jahr 2021 werden viele junge Menschen zusammen mit den neuen Schulabgängerinnen und -abgängern auf den Ausbildungsmarkt drängen, um bis zum Sommer eine Lehrstelle zu finden.

Die Corona-Krise ist aber noch lange nicht zu Ende. Der Lockdown gegen die zweite Infektionswelle im November 2020 hält in weiten Teilen noch im März 2021 an, während eine dritte Welle sich bereits aufzubauen droht. Für den Ausbildungsmarkt heißt das: Das Zusammenfinden von Bewerberinnen und Bewerbern auf der einen und Betrieben auf der anderen Seite trifft wieder auf ähnlich schwierige Bedingungen wie im ersten Corona-Jahr, und vor allem steht zu befürchten, dass das Ausbildungsangebot noch weiter zurückgeht. Aktuelle Befunde einer Betriebsbefragung durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass insbesondere kleine Betriebe ihr Lehrstellenangebot weiter einschränken wollen, und Branchenanalysen des BIBB haben ergeben, dass potenziell solche Ausbildungsplätze vom Abbau betroffen sein könnten, die insbesondere von jungen Menschen mit Berufsbildungsreife ergriffen werden.⁷

Das verschärft die Marktkonkurrenz vor allem für Hauptschülerinnen und Hauptschüler, denen schon vor der Corona-Krise nur selten der direkte Übergang in eine Ausbildung gelang. Für sie gibt es kaum Ausweichstrategien als Alternative zu einer Ausbildung. Sie könnten deshalb zu den ganz großen Verliererinnen und Verlierern gehören. Denn ohne Ausbildung drohen schlechte Zukunftsaussichten zwischen prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Ein Schutzschirm für Ausbildung

Es bleibt deshalb wichtig, einen Schutzschirm für Ausbildung aufzuspannen, der die Situation am Ausbildungsmarkt entspannt, indem er den Verlust von Ausbildungsplätzen vorübergehend kompensiert, bestehende Ausbildungsverhältnisse absichert und schließlich das duale Ausbildungssystem insgesamt stabilisiert und es resilienter macht.⁸

Deshalb sollten soweit möglich beim öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Mehrheitsgesellschaften Kapazitäten für duale Ausbildung deutlich und über Bedarf ausgebaut werden. Dabei sollte das Spektrum der Ausbildungsberufe so erweitert werden, dass insbesondere Hauptschulabsolventinnen und -absolventen zum Zuge kommen. Bisher ist im öffentlichen Dienst die Zahl der Ausbildungsplätze nach Berufsbildungsgesetz überschaubar und sogar leicht rückläufig (2019: 102 Ausbildungsverträge, 2020: 98, 2021: 95). Dabei ist das Interesse bei den Jugendlichen groß: Um die 95 Plätze für das Ausbildungsjahr 2021 hatten sich 1.118 junge Menschen beworben.

Auch die Ausbildungskapazitäten bei den nicht betrieblich, sondern schulisch ausgebildeten Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen

- 8 Vgl. Arbeitnehmerkammer Bremen (2020).
- 9 Gemeint sind Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise Handwerksordnung. Zur Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes gehören auch Laufbahnausbildungen für Beamtinnen und Beamte und verschiedene Studiengänge beispielsweise an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung ebenso Aufstiegsfortbildungen auf der Grundlage eines Berufsabschlusses wie die Weiterbildung zur Feuerwehrfachkraft oder zur Erzieherin und zum Erzieher. Diese Bildungsgänge sind wichtig, können aber den hier angesprochenen Wegfall betrieblicher Ausbildung nicht kompensieren.
- Vgl. Bremische Bürgerschaft (2021).

^{6 2019} waren 3.200 junge Menschen im Übergangssystem untergebracht, die Zahlen für 2020 werden erst im Frühjahr dieses Jahres vorliegen, dürften aber eher höher ausfallen; vgl. Statistisches Bundesamt (2020).

⁷ Vgl. Maier (2020).

"In einer Krise wie dieser erreichen die Schatten der Jugendarbeitslosigkeit leicht eine ganze Generation. Auch jetzt stehen die Zeichen nicht auf Entspannung. Wir müssen politisch gegensteuern."

> (GES-Berufe) sollten dringlich erhöht werden. Der Bedarf nach mehr Schulplätzen ist wegen des verbreiteten Fachkräftemangels schon lange gegeben. Bei der Ausweitung sind in allen Berufen praxisintegrierte Bildungsgänge voranzutreiben, bei denen eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird.

Die hohe Zahl von 998 unversorgt gebliebenen jungen Menschen bei der Berufsberatung und der heftige Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit hätten vermieden werden können, wenn frühzeitig mehr öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze zur Verfügung gestanden hätten. Mit dem Landesprogramm "Ausbildungsgarantie" verfügt das Land mit der Berufsqualifizierung und der außerbetrieblichen Ausbildung bereits über zwei Instrumente, die einen Marktersatz für fehlende Ausbildungsplätze darstellen. Nun sind mit dem Bremen-Fonds zwei Ausbildungsverbünde gegründet worden, die bis 2023 bei Trägern zusätzliche Plätze zur Verfügung stellen. Das war ein später, aber dennoch wichtiger und guter Schritt. So sind in der Stadt Bremen 70 und in Bremerhaven 90 zusätzliche Ausbildungsplätze entstanden. Bis 2022 sollen jährlich Neuzugänge möglich sein, allerdings werden die Platzzahlen kleiner. Es wird sich zeigen, ob sie ausreichend bemessen sind. Zugleich muss die Jugendberufsagentur zuverlässige Zugangswege für noch suchende Jugendliche in die außerbetriebliche Ausbildung schaffen, die bisher - zumindest in der Stadt Bremen - noch holprig waren. Bei der Auswahl der Berufe sollte die Konzentration auf zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen liegen, die auch für junge Menschen mit Berufsbildungsreife erreichbar sind.

Bei allen Problemen am Ausbildungsmarkt darf nicht aus dem Blick geraten, dass derzeit Tausende junge Menschen eine Ausbildung unter absoluten Ausnahmebedingungen absolvieren. Kurzarbeit, Auftragsrückgänge, Homeoffice und andere Veränderungen der Arbeitsorganisation erschweren das Einhalten von Ausbildungsplänen in den Betrieben, der Ausfall der Berufsschule lässt die Theorie ins Hintertreffen geraten und infrage stehende Prüfungstermine tun ihr Übriges. Viele fühlen sich

alleingelassen. Das Förderprogramm des Bundes "Ausbildungsplätze sichern" unterstützt Verbundoder Auftragsausbildung, um Betrieben zu helfen, trotz Einschränkungen die Fachpraxis in ihrer ganzen Breite abbilden zu können, und prämiert die Übernahme von Auszubildenden aus insolventen Betrieben, damit es nicht zu Ausbildungsabbrüchen kommen muss. Das Land sollte da finanzieren, wo der Bund Förderlücken lässt, um alle Ausbildungsverhältnisse zu einem guten Abschluss zu bringen. Dazu gehört die Unterstützung der Auszubildenden beim Nachholen von Lernstoff wegen Unterrichtsausfalls in den Berufsschulen und bei der Vorbereitung auf Prüfungen.

Insgesamt muss das Ausbildungssystem unter Corona-Bedingungen mehr Flexibilität lernen: Mit digitalen Medien muss Unterricht nicht in der Berufsschule stattfinden und nicht jede Unterweisung im Betrieb. Auch Prüfungstermine und Ausbildungsdauer müssen flexibel an die Rahmenbedingungen angepasst werden, die die Pandemie nun einmal setzt.

Der Schutzschirm soll die unmittelbaren Folgen der Krise abpuffern. Doch auch schon vor Corona war das eigentlich doch so erfolgreiche duale Ausbildungssystem ein Sorgenkind. Es produziert zwar die Fachkräfte, die die Wirtschaft dringend braucht, doch zeigt es erhebliche Schwächen beim betrieblichen Angebot. Das bringt vor allem leistungsstärkere Ausbildungsinteressierte dazu, sich für den leichteren Weg eines akademischen Abschlusses zu entscheiden, während die leistungsschwächeren oft ausbildungslos zurückbleiben. Der Ausbildungsmarkt ist ein schrumpfender Markt und mit ihm schrumpft das Fachkräftepotenzial. 10 Die Corona-Krise beschleunigt diesen Prozess wie jede Krise vorher. Dabei kann sich die Wirtschaft den Ausfall der Versorgung mit jungen Nachwuchskräften in der aktuellen demografischen Umbruchphase kaum leisten. Um zukunftsfähig zu bleiben, muss der Ausbildungsmarkt dauerhaft stabilisiert werden. Einer der Hebel ist das Anregen und Absichern betrieblicher Investitionen in die Fachkräftesicherung. Ein umlagefinanzierter Zukunftsfonds zur solidarischen Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Betriebe kann hierfür der Schlüssel sein. 11 Die aufgezeigten sozialen, wirtschaftlichen und am Ende auch politischen Risiken sind gute Gründe dafür, diesen Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung zügig umzusetzen.

¹⁰ Vgl. Geraedts (2019).

¹¹ A.a.O.

Literatur

- **Arbeitnehmerkammer Bremen (2020):** Arbeitnehmerorientierte Politik in und nach der Krise – Impulse für einen Bremen-Fonds. Stellungnahme. Bremen.
- Bremische Bürgerschaft (2021): Drucksache 20/815; 20. Wahlperiode 09.02.2021. Bremen.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020): Eckwerte Ausbildungsmarkt 2020, Tabelle 83 2020, Erhebung zum 30. September 2020. Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2019): Eckwerte Ausbildungsmarkt 2019, Tabelle 83 2019, Erhebung zum 30. September 2019. Bonn.
- Geraedts, Regine (2019): Alle Alarmglocken schrillen.

 Weniger Ausbildungsplätze, mehr junge Menschen
 abgehängt und den Betrieben gehen die Fachkräfte
 aus. In: Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und
 Arbeitnehmer im Land Bremen 2019. Hrsg.: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen.
- Geraedts, Regine (2020a): Krise am Fachkräftemarkt verlangt nach Lösungen. Schwieriger Aufbruch für mehr Ausbildung im Land Bremen. In: Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2020. Hrsg.: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen.
- Geraedts, Regine (2020b): Auswirkungen der "Corona-Krise" auf das Angebot in der dualen Berufsausbildung und Vorschläge zur Kompensation des erwartbaren Rückgangs von Ausbildungsstellen. Juni 2020. Bremen.
- Maier, Tobias (2020): Auswirkungen der "Corona-Krise" auf die duale Berufsausbildung: Risiken, Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten. Version 1.0.
 Bonn.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020): Berufsausbildungsstellen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen (Monatszahlen) Land Bremen, September 2020. Nürnberg.

- Statistisches Bundesamt (2020): Integrierte Ausbildungsberichterstattung Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern 2019. Wiesbaden.
- Tamesberger, Dennis (2014): Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Eine Beschreibung des Problemausmaßes und der Folgen. In: Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.): WISO 37. 2014, Nr. 1.